



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Gemeinsamer Antrag GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 20-1628 Datum: 20.06.2016
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Ausschuss für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit	Vorberatung 21.06.2016

Situation religiöser und anderer Minderheiten in Eimsbütteler Flüchtlingsunterkünften

Sachverhalt:

Mit den Drucksachen Nr. 20-1556 und 20-1582 liegen dem Ausschuss für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit zwei Anträge zur Situation von Christen in Flüchtlingsunterkünften vor. Vor dem Hintergrund religiös motivierter Auseinandersetzungen und Übergriffe unter Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohnunterkünften werden in diesen Anträgen unterschiedliche Handlungsansätze dargestellt, um religiöse bzw. auch weitere Minderheiten in diesen Einrichtungen besser zu schützen.

Um qualifiziert über die geforderten Maßnahmen beraten und abstimmen zu können, benötigt der Ausschuss jedoch weitere Informationen zur Situation religiöser und weiterer Minderheiten in den Eimsbütteler Flüchtlingsunterkünften, sowie zu bestehenden Konzepten und Maßnahmen für deren Schutz. Wünschenswert ist es ebenfalls Einschätzungen zur Situation von Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Identität eine Minderheit darstellen, und von behinderten Geflüchteten zu bekommen.

Petition/Beschluss:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, Vertreter der Träger von Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohnunterkünften für Geflüchtete im Bezirk Eimsbüttel – fördern & wohnen, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz und Johanniter – in die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit einzuladen, um über die Situation von religiöser und weiterer Minderheiten in den Eimsbütteler Flüchtlingsunterkünften, sowie über bestehende Konzepte und Maßnahmen für deren Schutz zu berichten.

Die zuständigen MitarbeiterInnen der Bezirksverwaltung, insbesondere die Koordinatorin für die sozialräumlichen Integration von Flüchtlingsunterkünften und die Integration von Zuwanderern, mögen ebenfalls an der Sitzung teilnehmen und über ihre Erfahrungen zu dem Thema berichten.

Charlotte Nendza, Sabine Jansen und SPD-Fraktion
Ali Mir Agha, Falk Schmidt-Tobler und GRÜNE-Fraktion

Anlage/n:
keine